

Ein funktionierender Rechtsstaat kostet – seine Schwächung aber umso mehr.

Richter:innenvertretungen schlagen Alarm: Kein Personalzuwachs trotz überlasteter Gerichte im Budget 2025/26 vorgesehen

Wien, 14. Mai 2025 – Die richterlichen Standesvertretungen zeigen sich tief besorgt, dass das am 13. Mai präsentierte Doppelbudget 2025/26 keine zusätzlichen richterlichen Planstellen vorsieht – und das, obwohl der Personalbedarf von mehr als 200 fehlenden Richter:innenstellen seit Langem allgemein bekannt ist und die Gerichtsgebühren gerade erst deutlich erhöht wurden. Trotz neuer gesetzlicher Aufgaben und massiv gestiegener Verfahrenszahlen in nahezu allen Rechtsgebieten bleibt eine entsprechende Reaktion der Politik aus.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass in Zeiten wirtschaftlicher Herausforderungen und steigender Verschuldung Sparmaßnahmen notwendig sind und auch dem Justizbudget ein Beitrag abverlangt wird. „Aber Gerechtigkeit braucht entsprechende Ressourcen, und ohne ausreichendes Personal sind rasche Erledigungen nicht länger gewährleistet“, betont Gernot Kanduth (Richtervereinigung). Er setzt fort: „Eine funktionierende Gerichtsbarkeit ist kein Luxusgut, sondern eine Grundvoraussetzung für den Rechtsstaat, den Wirtschaftsstandort und die Demokratie.“

Martin Ulrich (GÖD) ergänzt: „Das immer noch hohe internationale Ansehen der österreichischen Justiz war in den letzten Jahren vor allem auch dem übermäßigen persönlichen Einsatz der Richterinnen und Richter zu verdanken. Dieses hohe Niveau kann jedoch dauerhaft nur mit einer entsprechend ausreichenden Personalausstattung aufrechterhalten werden.“

Die Folgen der Sparmaßnahmen liegen auf der Hand: Der Druck auf das Justizsystem wird weiter steigen, Verfahren werden länger dauern, Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen werden länger auf Entscheidungen warten müssen. Die Politik muss sich dieser Auswirkungen bewusst sein. Denn ein funktionierender Rechtsstaat kostet – seine Schwächung aber umso mehr.

Dr. Gernot Kanduth

Präsident

Vereinigung der österreichischen

Richterinnen und Richter

Dr. Martin Ulrich

Vorsitzender

GÖD-Bundesvertretung

Richter:innen und Staatsanwält:innen